

Grüner Strom der CEGEDEL: ein Plus für die Umwelt?

In den vergangenen Wochen erreichten den Mouvement Ecologique zahlreiche Anfragen von MitgliederInnen, was vom "grünen Stromangebot" der CEGEDEL zu halten ist.

Bis jetzt hat der Mouvement Ecologique in der Tat noch keine Position nach aussen ergriffen. Grundforderung des Mouvement Ecologique ist - und darin wird sich auch nichts ändern - dass generell die CEGEDEL in ihrem Angebot an alle Kunden einen Mindestanteil von Grünem Strom anbieten muss! D.h. jeder in Luxemburg sollte einen Beitrag leisten müssen, damit den regenerativen Energien zum Durchbruch verholfen wird, und nicht nur "einige Überzeugte". Wir treten, ebenso wie Eurosolar Lëtzebuerg und auch Greenpeace Letzebuerg dafür ein, dass mindestens 5,7% regenerative Energien im Strom der CEGEDEL an alle Kunden enthalten sind.

Andererseits gibt es auch im Ausland recht heftige Debatten, was als grüner Strom verkauft werden soll und was nicht. Deshalb hat sich der Mouvement Ecologique Zeit gelassen, um in aller Sachlichkeit eine Stellungnahme herauszugeben. Ende Juni wird auch eine Unterredung mit der CEGEDEL stattfinden, in der wichtige

Punkte besprochen werden. Im Vorfeld dieser Sitzung, stellte der Mouvement Ecologique der CEGEDEL einige Fragen zu, die wir im folgenden veröffentlichen.

Im Kéisécker-Info im Juli dieses Jahres wird dann ausführlicher Stellung bezogen.

1. Betreffend den Mix von Nova naturstrom:

- Dieser Mix weicht von demjenigen ab, den Greenpeace Energy in Deutschland anbietet, welche Motivation liegt dieser Entscheidung zugrunde?
- Inwiefern und auf welche Art und Weise ist geregelt, dass nicht nur Altanlagen mittels dieses grünen Stromes unterstützt werden, sondern vor allem auch der Bau von Neuanlagen gewährleistet ist?
- Für welchen Zeitraum ist dieser Strommix festgelegt - wie brieftest ist der Kontrakt mit Greenpeace Energy zeitlich gesehen? Ab wann kann er z.B. auch zugunsten der Solarenergie abgeändert werden?

Diese Fragen sind für uns elementar, auch im Hinblick auf die Direktive zu den

erneuerbaren Energien, die immerhin einen Anteil der erneuerbaren am Strommix von 12,5 % für Deutschland, 21 % für Frankreich usw. vorschreibt.

2. Betreffend die Preisgestaltung

Aus unserer Sicht ist eine Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des "nova naturstrom", dass jegliche Transparenz auch in der Preisgestaltung besteht. Deshalb würden wir Sie bitten uns mitzuteilen, wie sich genau der Tarif zusammensetzt. Die entscheidende Frage lautet: Was muss Cegeedel pro Stromeinheit als Tarif an Greenpeace Energy zahlen?

3. Betreffend den "fonds d'investissement écologique"

Dieser Fonds ist derzeit aus unserer Sicht etwas irritierend und es stellen sich für uns folgende Fragen:

- Warum ist dieser Fonds begrenzt auf 250.000 Euro?
- Inwiefern werden mit diesem Fonds Neuanlagen finanziert? Welche?

- Wer verwaltet diesen Fonds? Nach welchem Prinzip werden diese Gelder verwendet?
- Inwiefern ist der Fonds als Ergänzung zum Tarif des grünen Stromes als solchem zu sehen?

4. Genereller Anteil der regenerativen Energien am Strommix von 5,7%

Wie Sie wissen, ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass losgelöst vom Angebot des Grünen Stromes, der Anteil der regenerativen Energien am generellen Strommix spätestens 2010 mindestens 5,7% betragen sollte. Dies auch gemäss EU-Direktive. Können Sie uns bitte mitteilen, welches ihre Sichtweise in diesem Punkt ist? Sehen Sie es als machbar / sinnvoll an, in Zukunft generell in ihrem Strom diesen Anteil erneuerbarer Energien vorzusehen?

Aussagen von Minister Grethen anlässlich der CEGEDEL-Geburtstagsfeier: Statt Doppelzüngigkeit der Regierung im Energiebereich – Zukunftsherausforderungen angehen

Mit Bestürzung hat der Mouvement Ecologique die Aussagen von Wirtschaftsminister H. Grethen anlässlich der 75-Jahresfeier der CEGEDEL zur Kenntniss genommen. Dass der Wirtschaftsminister die Gelegenheit nutzte, im Rahmen seiner recht kurzen Intervention, vor allem den Ausbau der regenerativen Energien in Luxemburg in Frage zu stellen, diskreditiert letztlich die Energiepolitik der gesamten Regierung. Diese Regierung ist die Verpflichtung eingegangen, wie im vom Regierungsrat verabschiedeten Plan für eine nachhaltige Entwicklung festgelegt, den Anteil der regenerativen Energien bis zum Jahre 2010 substanzial auszubauen. Dass der Minister nunmehr sogar das Ziel von 5,7% - das in einer bereits vom Regierungsrat via Gesetzesprojekt gutgeheissen EU-Direktive verankert ist - in Frage stellt, ist schlichtweg nicht tragbar.

Es zeugt von einer absolut fehlenden Sachkenntnis im Bereich regenerative Energien und einem Verkennen wesentlicher ökologischer Fragestellungen. Auf welchen objektiven Fakten begründet der Minister seine Aussage?

Es ist aber auch aus ökonomischer Sicht äusserst problematisch: denn sowohl die arbeitsmarktpolitischen als auch die wirtschaftlichen Chancen dieser Energien sind unstrittig. Wäre es nicht sogar gerade in einer ökonomisch schwierigeren Situation unerlässlich und würde es nicht von einer gewissen Weitsicht zeugen,

wenn derartige zukunftsweisende Technologien nun bewusst sehr offensiv angegangen würden?

Es spricht aber auch von einer Doppelzüngigkeit dieser Regierung in wesentlichen Zukunftsfragen. De facto ist die Kompetenzfrage im Energiebereich auf Regierungsebene noch immer nicht zufriedenstellend geklärt. Während das Umweltministerium einen Ausbau der regenerativen Energien anstrebt, wird dieser in der Essenz seitens des Wirtschaftsministers in Frage gestellt. Was wohl das Umweltministerium zu den rezenten Aussagen des Wirtschaftsministers sagt?

Der Mouvement Ecologique richtet entsprechend einen dringenden Appell an die Regierung, endlich Klartext zu sprechen. Es kann nicht sein, dass die Regierung eine EU-Direktive und einen Plan für eine nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel eines Ausbaus der regenerativen Energien annimmt, die dann kurz

darauf von einem betroffenen Regierungsmitglied öffentlich in Frage gestellt werden.

Mouvement Ecologique, Greenpeace und Eurosolar haben rezent auf einem Seminar eine Potenzialanalyse über die Ausbaumöglichkeiten der regenerativen Energien in Luxemburg vorgestellt. Die Resultate waren eindeutig: es liegen noch erhebliche Ausbau-Chancen in

diesem Bereich. Am Umweltministerium wäre es, endlich eine weitgehendere Potenzialanalyse auf den Tisch zu legen sowie die Instrumente zu verfeinern, um deren Markteinführung voranzutreiben.



"Energiesparende Bauweisen im Wohnungsbau und Nichtwohnungsbau"

Vortrag der Bauberaterin der Stiftung Öko-Fonds

Anfang des Monats fand zum zweiten Mal ein Weiterbildungsseminar des Institut National d'Administration Publique zum Thema "Energiesparendes Bauen" statt. Das Klimabündnis Letzebuerg war für die Organisation verantwortlich.

Büro bau.werk aus Kaiserslautern stellte eingangs die Möglichkeiten der energetischen Optimierung von Bebauungsplänen vor. Im Anschluss referierte Christiane Conrady, Bauberaterin der Stiftung Öko-Fonds über Niedrigenergie- und Passivhäuser. Dargestellt wurde das Einsparpotential an CO₂-Emissionen im privaten Wohnungsbau und eine erste Bilanz der bisher in Luxemburg gebauten Niedrigenergie- und Passivhäuser. Danach erfolgte ein Überblick über die Komponenten der energie-effizienten Bauweisen, also über die Frage, was macht ein Niedrigenergiehaus oder Passivhaus eigentlich aus.

Das Skript zum Vortrag der Bauberaterin kann bei der Stiftung Öko-Fonds bezogen werden.

Stiftung Öko-Fonds: 43 90 30 40

Gemeinnützige Stiftung Öko-Fonds

Ökologisches Zentrum Pfendall
6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-40/Fax: 43 90 30-43
e-mail: oeko-fonds@emweltcenter.lu
www.emweltcenter.lu
CCP IBAN LU96 1111 0734 1886 0000
BCEE IBAN LU31 0019 1100 4403 9000

"Eppes un d'Rulle bréngen": Die Stiftung Öko-Fonds führt wichtige Pilotprojekte für eine zukunftsfähige Gesellschaft durch, die vor allem von Spenden finanziert werden. Spenden ab 123,94 € pro Jahr können vom steuerbaren Einkommen abgesetzt werden (Kumulierung mit anderen Spenden möglich). Informationen über aktuelle Projekte können zu jeder Zeit gerne nachgefragt werden.

'Aktioun Äisblock': Ein Symbol für konkrete und weitreichende Klimaschutzpolitik

Mit grossem Erfolg wurde sie abgeschlossen, die Aktion "Wett mat Äis". Sage und Schreibe 64% des Eisblockes harrten während 3 Monaten dem Wetter und blieben übrig. Einen eindeutigeren Beweis für die Bedeutung von gut isolierten Häusern kann man sich quasi nicht vorstellen.

Im folgenden veröffentlichen wir die offizielle Stellungnahme zur Aktion.

- 28% CO₂-Emissionen bis 2008-2012, das ist das Klimaschutzziel Luxemburgs im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Um dieses Ziel zu erreichen sind Anstrengungen in vielen Bereichen notwendig, unter anderem im Bereich Energieverbrauch von Gebäuden, sei es für den privaten Wohnbedarf, für öffentliche Verwaltungen oder für den Dienstleistungssektor. Private Haushalte und Dienstleistungssektor sind zu 17% (25% der lokalen Emissionen) an den CO₂-Emissionen beteiligt, die uns gemäss Kyoto-Beschluss angerechnet werden.

Mit dieser Eisblockwette wollen die Organisatoren, Mouvement Ecologique, Klimabündnis Letzebuerg und Stiftung Öko-Fonds auf spektakuläre Art und Weise die Potentiale aufzeigen, die im Bereich Wärmeisolation von Gebäuden bestehen. Denn Niedrigenergie- oder besser noch Passivhäuser stellen einen konkreten Beitrag zum Energiesparen dar, indem sie einen 50% bis 90% geringeren Energiebedarf als herkömmliche Bauten aufweisen.

Der Häuserbau von heute ist die Hypothek für den Energieverbrauch von morgen - denn schlecht isolierte Neubauten vergeuden während ihrer gesamten Lebensdauer von mindestens 50-80 Jahren viel Energie. Und immerhin werden in Luxemburg im Durchschnitt etwa 1000 Häuser jährlich gebaut!

Es gilt deshalb heute die Maßstäbe für den Wärmebedarf von Neubauten so zu setzen, dass die bestmögliche Technik zur Anwendung kommt. Diese Technik hat sich in vielen Beispielen vor allem in Deutschland, Österreich und der Schweiz bisher bewährt und gilt als "win-win"-Strategie, da sie für jeden Vorteile bringt: sie ist nicht nur ein Gewinn für die Umwelt, sondern ebenfalls für die lokale Baubranche und deren Arbeitsplätze und nicht zuletzt für jeden Hauseigentümer durch ein Mehr an Wohnkomfort und geringere Heizkosten.

Dazu ist eine "Push and Pull"-Strategie notwendig. Einerseits, und wie bereits durch die Subventionen des Umweltministeriums umgesetzt, erhöhen finanzielle Anreize die Akzeptanz für Niedrigenergie- und Passivhäuser sowohl für private Bauherren als auch für Gemeinden. Diese Subventionsprogramme erreichen allerdings erst dann ihre volle Attraktivität, wenn weitere Rahmenbedingungen gewährleistet sind, wie z.B. vor allem in der Startphase eine intensive Beratung für alle Beteiligten (Hauseigentümer, Architekten und Handwerker) sowie der Abbau von Vorurteilen durch gezielte Informationskampagnen. Das Umweltministerium plant derzeit eine solche Markteinführungsstrategie, was sehr begrün-



senswert ist. Zu hoffen ist, dass diese noch in dieser Legislaturperiode zum tragen kommen wird.

Jedoch muss auch auf der Ebene der Mindestnormen betreffend die Isolation die technische Weiterentwicklung spürbar werden. Die aktuelle Wärmeschutzverordnung von 1995, d.h. die Mindestanforderungen für private und öffentliche Neubauten in Luxemburg, ist längst überholt und muss reformiert werden. Diese Verordnung erlaubt heute mit dem Grenzwert von 15 Liter Heizöl pro m² und Jahr eine Wärmeverschwendung, die weder technisch noch finanziell zu vertreten ist. Wie wir bereits gesehen haben verbrauchen gut isolierte Neubauten lediglich die Hälfte oder gar nur 10% dieses Wertes.

Erhebliche Energieeinsparpotentiale liegen ebenfalls im Bereich Altbauinsanierung. Zur Zeit sind zwei Instrumente auf dem Instanzenweg um diese Potentiale abzuschöpfen und es besteht dringender Handlungsbedarf für konkrete Aktionen in diesem Bereich.

- 28% CO₂ in Luxemburg bis 2012, - 50% ist das Ziel der Klimabündnisgemeinden und Wissenschaftler fordern eine CO₂-Reduktion von 60-70% in diesem Jahrhundert um eine erhebliche Klimaveränderung abzuwehren. Dies sind die Ziele an denen sich alle Maßnahmen messen lassen müssen!

Informationen zur Wette

- Mehr als 1400 gültige Wetten wurden abgeschlossen.
- Im April lag die Durchschnittstemperatur bei 9,5°C im Mai bei 13,7°C (1,3°C höher als das 30jährige Mittel).

Die Gewinner der Wette

1. Preis: Skulptur des Luxemburger Künstlers Michel Geimer, gestiftet von der Stadt Luxemburg; Schumacher Gérard, Troisvierges
 2. Preis: Trekking-Rad gestiftet von Velocenter Goedert, Ockenfeld Joshua, D-Brohl-Lützing
 3. Preis: 3 Flaschen Luxemburger Eiswein, gestiftet von der Kellerei Charles Decker, Reifenberg M., Luxemburg
 4. -10. Preis: ein thematischer Wanderführer durch die Regionen Luxemburgs "Natur a Landschaft erlieden a verstoen", herausgegeben vom "Mouvement Ecologique" und der Stiftung "Öko-Fonds"
- Heyart Christian, Bettembourg
Rollinger Marg, Beyren
Ernzer Alain, Rodange
Grunert Jeannette, Luxemburg
Mathieu-Cartus Alexandra, Steinsel
Terres Alex, Rumelange
Hieronimy Serge, Steinsel

Geplante Änderungen am Strafgesetzbuch:

Erster entscheidender Zwischenerfolg zahlreicher engagierter Organisationen!

Dass sich Engagement lohnt, zeigt das Dossier der geplanten Abänderungen am Strafgesetzbuch. Zur Erinnerung: die von der Regierung beabsichtigten Abänderungen hätten dazu geführt, dass auch friedliche Manifestanten mit Gefängnisstrafen und massiven Geldbussen verfolgt werden würden. Der Mouvement Ecologique hat sich - wie auch andere Organisationen - kategorisch gegen diese Kriminalisierung gestellt.

Ein ausführliches Gutachten, das vor Monaten von Maître Dean Spielmann im Auftrag des Mouvement Ecologique erstellt wurde, versuchte dann eine Versachlichung der Debatte herbeizuführen. Hier wurde vor allem auch aufgezeigt, dass die Beschneidung der Menschenrechte die mit dieser Strafverschärfung verbunden wären, nicht vertretbar wären.

In den letzten Wochen entwickelte sich das Dossier dann Schlag auf Schlag. Ein weiteres Gutachten von Maître Dean Spielmann zeigte auf, dass es auch andere Wege gibt, die Interventionsmöglichkeiten des Staates - insofern notwendig zu verbessern. Am Tag nach der Veröffentlichung dieses Gutachtens, teilte der Justizminister mit, er würde das Gesetzesprojekt nicht mehr in dieser Form durchführen.

Man darf gespannt sein, wie der Minister nunmehr das Dossier angehen wird. Der Mouvement Ecologique hat jedenfalls eine Unterredung angefragt, an der auch Maître Spielmann teilnehmen würde.

Eines aber hat dieses Dossier bewiesen: wenn zahlreiche Leute sich zusammenschließen, kann etwas erreicht werden. Und: auch der Mouvement Ecologique ist eine extrem wichtige Stimme in diesem Land, die für Veränderungen im Sinne eines Mehr an Demokratie steht und Erfolg haben kann!

Im folgenden veröffentlichen wir, die Stellungnahme zum Gutachten von Dean Spielmann sowie die Reaktion des Mouvement Ecologique auf die Aussage des Ministers, das Gesetzesprojekt in dieser Form zurückzuziehen. Das ausführliche Gutachten von Maître Spielmann kann auf der homepage www.emweltzenter.lu eingesehen werden.

Zusätzliches Gutachten bestätigt: es besteht kein Bedarf nach einer Verschärfung des Strafrechtes in Luxemburg

Vor einigen Wochen erstellte Dean Spielmann ein juristisches Gutachten im Auftrag des Mouvement Ecologique, in welchem er die geplante Abänderung des Strafgesetzbuches analysierte. Hierbei geht es bekanntlich darum, dass jene Personen, die ohne Genehmigung z.B. eine Protestaktion auf öffentlichen Plätzen oder in Geschäftsräumen durchführen, in Zukunft mit Geldbussen und Gefängnisstrafe zu rechnen haben, d.h. strafrechtlich belangt werden.

Die Schlussfolgerungen des damaligen Gutachtens waren eindeutig: die geplante Abänderung des Strafgesetzbuches würde eine Infragestellung fundamentaler Menschenrechte bedeuten: dem Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf Bewegungsfreiheit. Die geplanten Strafen stünden in keinem Verhältnis zum vermeintlichen Delikt. Vor allem aber: der Staat verfüge bereits aufgrund des heutigen Rechts über ausreichend Interventionsmöglichkeiten. Deshalb waren die Schlussfolgerungen des Verfassungsrechtlers eindeutig: die geplante Abänderung solle schlichtweg fallen gelassen werden.

In den vergangenen Wochen hat sich der Diskurs von politischer Seite aus in diesem Bereich geändert. So wird nunmehr der Eindruck vermittelt, als stünde an sich nicht die strafrechtliche Ahndung solcher Aktionen im Vordergrund. Vielmehr wird nun argumentiert, der Staat verfüge zwar effektiv, so wie im Gutachten von Maître Spielmann angeführt, über Interventionsmöglichkeiten, diese könne er jedoch nicht schnell genug durchsetzen! So könnten Protestaktionen Stunden dauern, auch wenn nachträglich durch aus der vermeintlich Geschädigte die Verantwortlichen zivilrechtlich ansuchen könne (wie im Fall Esso gegen Greenpeace geschehen).

Daraufhin beauftragte der Mouvement Ecologique Maître Dean Spielmann mit einem Zusatzgutachten. Es ging darum klarzustellen, ob es einen Bedarf zur Verbesserung der Gesetzgebung gäbe, damit die staatlichen Stellen unter bestimmten Bedingungen schneller reagieren könnten, dies jedoch unter Wahrung der Menschenrechte und des Prinzips der Verhältnismäßigkeit.

Die Analyse von Maître Spielmann ist eindeutig:

- bereits heute kann das Référé-Gericht in aller Objektivität und unter Abwägung aller Interessen entscheiden, ob sich eine staatliche Intervention aufdrängt;
- die Entscheidung des Gerichtes kann umgehend umgesetzt werden, zusätzlich kann das Gericht gegenüber den Betroffenen eine «astreinte» auferlegen bei Nichteinhaltung des Beschlusses;
- bei der Umsetzung dieser Gerichtsentscheidung kann auch Polizeigewalt angewandt werden;

- zusätzlich können die Beschädigten zivilrechtlich gegen die Verantwortlichen vorgehen und eine Entschädigung verlangen.

Um den Fall Esso / Greenpeace zu nehmen, der in diesem Dossier immer wieder angeführt wird: hier verlangte das Gericht gegen 16.30 die Räumung, die auch erfolgte; Esso hat zivilrechtlich Klage auf Entschädigung gegen Greenpeace eingereicht.

Wenn nunmehr in politischen Kreisen die Überzeugung vorherrschen würde, dem Staat solle eine noch schnellere Interventionsmöglichkeit eingeräumt werden - so gäbe es laut Maître Dean Spielmann - zwei Möglichkeiten:

- Einerseits könnte die Möglichkeit einer «requête unilatérale» verbessert werden. In besonders gravierenden Fällen könne das «Référé»-Gericht über die Kompetenz verfügen, ohne Anhörung der beklagten Partei eine Entscheidung z.B. betreffend einer Räumung zu fällen.
- Andererseits könnte die Polizei, durch eine leichte Abänderung des Polizeigesetzes von



1999, die Möglichkeit erhalten, in besonders schwerwiegenden Fällen eine Manifestation zu beenden.

In anderen Worten: es gibt auch ohne eine Kriminalisierung von Protestaktionen und BürgerInnen, die sich daran beteiligen, sehr wohl Möglichkeiten, die bestehenden Handlungsmöglichkeiten des Staates zu verbessern - falls dies denn wirklich notwendig sein sollte.

Man mag zu diesen zwei Vorschlägen stehen wie man will: von Bedeutung ist, dass hier ein offener, ehrlicher politischer Diskurs gewährleistet ist.

Wenn es nicht darum geht bestimmte BürgerInnen zu kriminalisieren, sondern darum die Interventionsmöglichkeiten in schwerwiegenden Fällen zu verbessern, dann soll die geplante Abänderung des Strafgesetzbuches umgehend zurückgezogen werden und eine Lösung, wie von Maître Dean Spielmann vorgeschlagen, in die Wege geleitet werden.

Geplante Abänderung der Strafgesetzgebung: Mouvement Ecologique begrüßt Einlenken der Regierung

Der Mouvement Ecologique begrüßt die Aussage des Justizministers, welche dieser im Rahmen einer Unterredung mit dem OGBL in Bezug auf die geplante Abänderung der Strafgesetzgebung (sog. Lex Greenpeace) gemacht hat. Demnach soll die vorgesehene strafrechtliche Verfolgung von bestimmten Aktionen aus dem Gesetzesprojekt No 5076 gestrichen werden. Es ist ein Erfolg vieler engagierter Organisationen und BürgerInnen, die sich gegen eine aus rechtlicher und gesellschaftspolitischer Sicht unverantwortbare Kriminalisierung von unkonventionellen Meinungsäußerungen und Aktionen von BürgerInnen eingesetzt haben.

Es ist sinnvoll, dass nunmehr im Rahmen eines offenen Dialoges eine Konsultierungsphase der Regierung mit allen interessierten Kräften der Gesellschaft stattfindet. Dieser Dialog kann sich nicht allein auf institutionalisierte Gremien wie Berufskammern beschränken, so wichtig auch deren Rolle sein mag.

Vielmehr gilt es endlich auch die Rolle der Zivilgesellschaft anzuerkennen und im Sinne einer partizipativen Demokratie - so wie sie von Premier J.CI. Juncker in seiner Erklärung zur Lage der Nation - angesprochen wurde, anzuerkennen und mit ihr einen offenen und ehrlichen Dialog zu führen.

Auf der Grundlage der beiden Gutachten, die Maître Dean Spielmann im Auftrag des Mouvement Ecologique zu der geplanten Abänderung der Strafgesetzgebung verfasst hat, möchte der Mouvement Ecologique jedoch folgendes zu bedenken geben:

Falls eine schnellere Interventionsmöglichkeit des Staates bei bestimmten Aktionen oder Manifestationen notwendig wäre, muss dies prioritär über den Weg einer richterlichen Anordnung (Référé) erfolgen. Der Polizei generell verstärkte Befugnisse ohne eine unabhängige richterliche Abwägung der verschiedenen Interessen zu geben, ist gesellschaftspolitisch ausserst problematisch. Dies kann höchstens für Situationen gelten, in denen eine reelle Gefahr vorhanden ist.

Maître Dean Spielmann hat in dieser Hinsicht einen konkreten Textvorschlag gemacht, um - falls notwendig - das Référé-Verfahren zu beschleunigen.

Der Mouvement Ecologique hofft, dass die Regierung bereit ist, mit allen interessierten Kreisen auf der Grundlage dieses oder anderer konkreter Vorschläge - eine konstruktive Lösung herbeizuführen, welche - unter Berücksichtigung aller rechtsstaatlichen Überlegung - die Rechte der Bürger wahr.

Eine Gesellschaft des 21. Jahrhunderts braucht, mehr denn je, eine lebendige Auseinandersetzung von Meinungen und Überzeugungen: falls ein Dissens darüber besteht, wie Interessenkonflikte zwischen vergleichbaren Grundrechten zu lösen sind, so sollte dies in einer offenen und nachvollziehbaren öffentlichen Debatte erfolgen. Nur so kann das Vertrauen in staatliche Institutionen erhalten und gestärkt werden.



Energie on tour

großer Erfolg des Aktionswochenendes



Auf großen Anklang stieß das Aktionswochenende des Mouvement Ecologique und seiner Regionales - unter der Schirmherrschaft des Umweltministeriums - das vom 13. bis zum 15. Juni stattfand. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen waren ausgebucht (neue weitere Termine werden festgelegt). Insgesamt konnten während einem Wochenende 23 Häuser / Anlagen besichtigt werden, die entweder mit Solaranlagen ausgerüstet waren oder aber über eine optimale Isolation bzw. Heizsystem verfügten.

Aus der offiziellen Pressemitteilung:

Die Gründe für die Organisation dieses Wochenendes sind vielfach.

Beratung mehr denn je erforderlich!

Endlich gibt es sie in Luxemburg: gute Förderprogramme des Umweltministeriums für Privatpersonen, Gemeinden ... die eine Solaranlage installieren oder aber energiesparend bauen wollen. Dass es heute derartige Programme gibt, ist sicherlich auch ein Erfolg des Mouvement Ecologique, der sich jahrelang dafür eingesetzt hat - aber auch ein Verdienst dieses Umweltministeriums.

Doch in seiner alltäglichen Arbeit stellt der Méco mehr und mehr fest, dass gute finanzielle Rahmenbedingungen alleine nicht ausreichen, um der Sonne und neuen Bauformen zum Durchbruch zu verhelfen. Sie haben nur dann eine wirkliche Chance, wenn jeder Einzelne über

ausreichende Informationen verfügt: Wie funktioniert eine Solaranlage? Welche Anlage eignet sich am Besten für welches Dach? Wie kann ein Haus nach Niedrigenergie- oder Passivhausstandard gebaut werden? ... sind einige der Fragen, die sich so mancher stellt.

Der Mouvement Ecologique hat deshalb immer wieder darauf gedrängt, dass zusätzlich zu den finanziellen Rahmenbedingungen unabhängige Beratungsstrukturen landesweit eingerichtet werden sollen. U.a. wurde die Schaffung einer Energieagentur vorgeschlagen. Diese Idee wurde leider (noch) nicht vom Staat übernommen! Der Mouvement Ecologique drängt weiterhin auf deren Umsetzung.

Das "Energiewochenende" kann dieses Defizit sonder Zweifel nicht beheben, aber trotzdem einen Beitrag für eine bessere Beratung von Interessierten BürgerInnen darstellen. (...)

Energiesparen - das "A" und "O" der Energiepolitik

So sinnvoll neue Energiequellen sind, so ist es doch vor allem von vorrangiger Bedeutung, Energie einzusparen. Ohne massives Energiesparen werden wir unsere Klimaschutzziele nicht erreichen können. Dabei hat das Energiesparen die meisten Vorteile und gilt als win-win-win-Strategie. Die Umwelt wird geschont, Energiekosten reduziert, Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen ... sehr oft auch noch zusätzlich der Komfort erhöht.

Energiesparen ist in Luxemburg leider noch marginal ausgeprägt. 50-90% Einsparungen sind die Möglichkeiten beim Bau von Niedrig-Energie bzw. Passivbauhäusern. Sehr hohe Werte sind auch möglich, durch gezielte Sanierungskonzepte von Altbauten, Beratungskonzepten für Betriebe u.a.

Der Mouvement Ecologique richtet deshalb erneut einen eindringlichen Appell an die Regierung, eine Potenzialanalyse über die Möglichkeiten des Energiesparens durchzuführen! Dieses müsste der Schwerpunkt der Arbeit im energiepolitischen Bereich in der Zukunft sein.

5,7 % Eigenstromproduktion aus erneuerbaren Energien in Luxemburg sind möglich und absolut notwendig!

Rezent wurde von einem Regierungsvertreter in Frage gestellt, dass der erforderliche Ausbau der regenerativen Energien in Luxemburg eine Chance haben würde. Die im Rahmen einer EU-Direktive vorgeschriebenen 5,7% Anteil von Eigenstromproduktion durch regenerative Energien wurde in Frage gestellt.

Der Mouvement Ecologique besteht darauf, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Angesichts der Klimaproblematik, der Begrenztheit der Energieträger wie Gas, Öl ... ist es ein primäres gesellschaftspolitisches Ziel, den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen. Dies bedeutet im Klartext, dass dieser Ausbau nicht der privaten Nachfrage bzw. den marktwirtschaftlichen Mechanismen alleine überlassen werden darf. Vielmehr ist es am Staat zu gewährleisten, dass mittel- bis langfristig der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix die erforderlichen Quoten erreicht.

Wie eine grobe Potenzialanalyse im Rahmen eines Seminars von Mouvement Ecologique, Eurosolar Lëtzebuerg und Greenpeace aufgezeigt hat, ist dies auch absolut möglich, wenn der politische Wille hierzu besteht.

Mit diesem Wochenende möchte der Mouvement Ecologique aufzeigen, wie groß die Bereitschaft der Privatpersonen ist, diesen Weg mitzugehen. Am Staat die notwendigen Rahmenbedingungen zu gewährleisten - das Bewußtsein der Bevölkerung ist vorhanden!

Privatpersonen und z.T. Gemeinden leben es vor - am Staat endlich auch bei eigenen Gebäulichkeiten seine Verantwortung zu übernehmen

Eine Reihe von Gemeinden und Privatpersonen gehen konsequenter als bisher den Weg der Förderung von erneuerbaren Energien und energiesparenden Bauweisen. Es wäre endlich an der Zeit, dass der Staat auch bei seinen eigenen Gebäuden aktiver würde. Nachdem es nicht gelungen ist, im Gesetz für öffentliche Ausschreibungen hier verbindliche Auflagen festzulegen, müsste der Staat nun eine Eigenverpflichtung eingehen und endlich modellhafte Lastenhefte im Sinne von energiesparenden Bauweisen sowie von der Nutzung erneuerbarer Energien erstellen. Es kann nicht sein, dass diese Aufgabe ausschließlich Gemeinden und Privatpersonen obliegt. Gemäss der Regierungserklärung muss der Staat - der erhebliche Investitionen tätigt - hier endlich seiner Vorreiterrolle gerecht werden.

Könnten Sie nicht an den Besichtigungen teilnehmen? Hätten Sie aber Interesse an einer bestimmten gehabt? Dann rufen Sie uns an. Wir werden für bestimmte Veranstaltungen neue Termine festlegen und Sie dann informieren. Tel. 439030-1.

Straßenbau- projekte:

MECO- Informations- abend in Niederkerschen

Am 15. Mai fand eine gut besuchte Informationsversammlung statt, zu der die Verantwortlichen des Mouvement Ecologique eingeladen hatten. Präsent waren u.a. auch zahlreiche Mitglieder des lokalen Gemeinderates sowie der Europaabgeordnete Claude Turmes. Ziel und Zweck des Abends bestanden darin, die Einwohner der Ortschaften Niederkerschen, Oberkerschen und Linger über die besonders in ihrer Region zahlreich geplanten Straßenbauprojekte ausgiebig zu informieren.

In ihren Beiträgen gingen Francis Hengen, Vizepräsident des MECO, Myriam Cecchetti, Präsidentin der 'Biergeriniativ Gemeng Sussesem' und Jeannot Muller, Präsident der 'Lokaliniativ géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Keinzeig' ausführlich

auf die einzelnen Bauvorhaben ein und beleuchteten dabei gleichzeitig die damit verbundenen Probleme.

Im Verlaufe des Abends wurde wiederholt hervorgehoben, dass die auch in Niederker-schen unaufhörlich anwachsenden Mobilitätsprobleme - insbesondere im Bereich des Verteilerkreises Biff - keineswegs durch die von verschiedenen Seiten vehement eingeforderte "Umgehungsstraße" merklich gemindert werden könnten. Im Gegenteil: eine beidseitig zu befürchtende Autobahnbindung der "Umgehungsstraße" (z.B. an die geplante tangente-ouest' der Nordstrasse), die Ablehnung der Bauverwaltung die heutige "avenue de Luxembourg" verkehrsberuhigend zurückbauen zu wollen, die zusätzlich ab Bascharage-Biff geplante Collectrice-bis sowie die ebenfalls heftig umstrittene Verlängerung der "Collectrice du Sud" über die "Liaison de Sélange" (Anbindung der A13 ab Bascharage-Biff über Linger und Küntzig an das belgische Autobahnnetz bei Sélange) würden sich unweigerlich verheerend auch auf die lokale Verkehrslage auswirken. Eine konventionell betriebene, straßen- und auto-bahnfixierte Verkehrsplanung müsse schleunigst zu Gunsten einer weitsichtigen, zukunftsorientierten und innovativ gestalteten Mobilitätsplanung weichen. Folglich müsse der öffentliche Personennahverkehr prioritär in dieser dichtbesiedelten Grenzregion massiv ausgebaut werden. Nur attraktive ÖPNV-

Alternativen könnten die so dringend benötigte Verkehrswende nachhaltig herbeiführen.

Um einer weiteren Fehlentwicklung wirkungsvoll entgegensteuern zu können, fordert der MECO u.a.:

- eine als Rückgrat konzipierte inter-regionale und grenzüberschreitende Tram-Train-Linie,
- eine höhere Fahrkadenz der Linienbusse (TICE und RGTR),
- City-Busse mit erweiterter Zubringerfunktion,
- die Doppelgleisigkeit der Strecke Petingen-Luxemburg endlich in Angriff nehmen,
- einen systematischen Ausbau des vorhandenen Schienennetzes,
- eine Reaktivierung ungenutzter Arcelor-Gleisanlagen,
- eine wesentlich intensivere Einbindung der Grenzregionen in ein gemeinsam zu erstellendes Mobilitätskonzept,



- eine effizientere und vor allem richtungweisendere interkommunale Zusammenarbeit im neugegründeten Gemeindegemeinschaft PRO-SUD.

Überwiegend positiv äußert sich der MECO auch in Sachen IVL (Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept) und wartet dementsprechend mit großer Spannung auf das Resultat der noch für diesen Herbst angekündigten Konzeptstudie.

Ein äußerst diskussionsfreudiges Publikum beteiligte sich anschließend an einem längeren Gedankenaustausch mit zahlreichen Fragen und interessanten Anregungen.

Protestaktion vor der Europäischen Investitionsbank

Nichtregierungsorganisationen rufen die Gouverneure der Europäischen Investitionsbank auf, substantielle Änderungen an der Informationspolitik der Bank vorzunehmen.

Mehr Transparenz ist dringend erforderlich!

Drei Affen tanzten nach Trommelmusik vor der Europäischen Investitionsbank auf Kirchberg und sie verbildlichten dabei, was die Bank schon seit ihrer Gründung tut: Augen, Mund und Ohren zu. Das heißt, die EIB hört keine Beschwerden, sieht keine Probleme und gibt keine Informationen. Rund 30 Aktivisten aus ganz Europa - darunter auch der Mouvement Ecologique, der die Organisation begleitete - unterstützten die Aktion und hielten Banner hoch, während die Teilnehmer der Jahresversammlung der Bank (EIB Gouverneure) eintrafen. Die Aktion lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das untransparente Handeln der Bank und damit deren dringend erforderliche Umgestaltung. Mehr als 100 Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt schlossen sich dem Aufruf von Friends of the Earth und CEE Bankwatch an, die Gouverneure der Bank, sowie ihren Präsidenten

Maystadt aufzurufen, größere Anstrengungen zu unternehmen, um in ausreichender Zeit und in angemessener Form Informationen zu den Tätigkeiten der Bank den betroffenen Bevölkerungsgruppen sowie der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die EIB ist eine öffentliche Institution und sollte, und hier ist sie stärker gefordert als private Banken, eine offensive Informationspolitik betreiben.

Peter Mihok von CEPA, eine slowakische Mitgliedsorganisation von CEE Bankwatch network und Friends of the Earth, erklärte die Auswirkungen der heutigen EIB Politik anhand eines Beispiels: "Die EIB weigert sich die Bedingungen eines Finanzierungsprojektes der slowakischen Bahn, welches sich auf 200 Millionen Euro beläuft, zu veröffentlichen, dies mit dem Argument, dass dies Aufgabe des Kunden und der nationalen Regierung sei. Die slowakischen Autoritäten ihrerseits weisen darauf hin, dass mit der Anleihe Geschäftsgeheimnisse verbunden seien. Wir, die betroffene Bevölkerung, fühlen uns wie in einer Kafka-Novelle: Die Anleihe an die Bahn ist wahrscheinlich an eine Reihe von Bedingungen gebunden, welche zu Ungunsten des Bahnsektors sind, wie Abbau eines Teils der regionalen Bahninfrastruktur, bedeutende



Einschnitte in öffentlichen Unterstützungen sowie ein geplanter Stellenabbau von einem Drittel der Belegschaft im Bahnsektor. Rezente Bahnstilllegungen führten bereits zu dem ersten Streik seit dem Fall des kommunistischen Regimes. Die EIB bestreitet ihre Verantwortung, weigert sich währenddessen aber die Bedingungen des Abkommens zu veröffentlichen."

Die EIB sollte Teil der Aarhus Konvention bezüglich Zugang zu Informationen, öffentliche Beteiligung und Zugang zu Gerechtigkeit sein. Doch, da die EIB einerseits eine EU-Institution ist und andererseits eine Bank, versucht sie Auflagen zu umgehen. Die europäische Kommission und der Europarat sollten sicherstellen, dass die Bank sich an Aarhus hält.



Der ganze Text des Aufrufs der Nichtregierungsorganisationen sowie die Liste der Unterzeichnenden Organisationen ist einsehbar unter: www.bankwatch.org

Für weitere Informationen: Magda Stoczkiewicz, mobile +31 652 41 03 23

Reform des Naturschutzgesetzes in Frage gestellt



Vom 17. Juni 2003 datiert ein Zusatz-Gutachten des Staatsrates zur Reform des Naturschutzgesetzes, das aufgrund einer Reihe von Abänderungen der Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung am ursprünglichen Reformtext des Naturschutzgesetzes verabschiedet wurde.

Hauptpunkt dieser Reform ist bekanntlich, die europäische Habitat- bzw. Vogelschutzdirektive in Luxemburger Recht umzusetzen. Dabei wurden die neuen EU-Vorschriften in das bestehende Gesetz integriert, eine Vorgehensweise, die vom Mouvement Ecologique unterstützt wurde.

Das Gutachten des Staatsrates hat es in sich und die Umweltkommission wird sich noch

ausführlich mit dem Dossier auseinandersetzen müssen.

Formelle Oppositionen formuliert der Staatsrat betreffend die Art und Weise, wie Impactstudien im Gesetz verankert werden sowie gegenüber der Prozedur, die bei der Ausweisung der verschiedenen Schutzzonen (kommunale und nationale bzw. europäische Schutzgebiete) Geltung haben soll. Was Habitat-Schutzzonen anbelangt, sollte laut Regierungstext keine öffentliche Prozedur angewandt werden, da keine Auflagen oder Servituten für die betroffenen Parzellen - sprich Besitzer - in Frage kämen. Dies wird vom Staatsrat in Frage gestellt.

Was die wissenschaftliche Grundlage des Naturschutzes anbelangt, so teilt der Staatsrat

die Meinung, dass in Zukunft wissenschaftliche Daten unabhängig sind. Er widersetzt sich jedoch formell einer von der Umweltkommission in Vorschlag gebrachten gesetzlichen Verantwortung der im Laufe der Zeit entstandenen biologischen Stationen, ebenso wie der vorgeschlagenen Koordinierungszelle auf nationaler Ebene.

Es gibt zur Zeit vier biologische Stationen, die 2003 eine Konvention mit dem Umweltministerium haben: "station biologique Ouest" mit den Mitgliedsgemeinden des SICONA-Naturschutzsyndikates, "station biologique de la Haute-Sûre" (Gemeinden des Naturparkes Obersauer, "station biologique du Nord" (Gemeinden des Naturparkes Our) und "station biologique de l'Est" (Mitgliedsgemeinden des SIAS-Syndikates).

Der Mouvement Ecologique hatte bekanntlich in Bezug auf die biologischen Stationen die Schaffung eines gemeinnützigen Institutes ("établissement d'utilité publique") gefordert, dies unter Mitwirkung von Staat, Gemeinden, naturhistorischem Museum und Umweltverbänden. Dies u.a. mit dem Argument, dass die wissenschaftliche Arbeit aus vielen guten Gründen (u.a. demjenigen der Objektivität und Glaubwürdigkeit) unabhängig von einer bestehenden Verwaltung zu verwirklichen sei. Dieser Vorschlag war von der Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung nicht berücksichtigt worden.

Der Staatsrat vertritt demgegenüber die Meinung, dass die Forstverwaltung die Arbeit der biologischen Stationen übernehmen solle, dies obschon die Verwaltung nach Ansicht des Mouvement Ecologique dafür zur Zeit nicht die notwendigen personellen Voraussetzungen bietet. Eine Reform der Forstverwaltung sei ins Auge gefaßt: es gelte, so der Staatsrat, die neuen Missionen in diese Reform zu integrieren.

Auch wenn der Mouvement Ecologique sich nicht gegen eine Entwicklung der Forstverwaltung zu einer Naturschutzverwaltung strebt, so besteht eine große Skepsis, wie eine solche Wandlung kurzfristig unter - auch für den Naturschutz akzeptablen Voraussetzungen - erfolgen könnte.

Der Mouvement Ecologique wird in den nächsten Wochen detaillierter Stellung zur Naturschutzpolitik nehmen und seine Meinung zu dem Gutachten des Staatsrates abgeben.

Umweltschutz in Europa:

Solidarität und Freundschaft verbindet die einzelnen nationalen Umweltorganisationen unter dem Dach von "Friends of the Earth Europe"



Laure Simon nahm als Vertreterin des Mouvement Ecologique an der Jahresversammlung der europäischen Dachorganisation der Umweltorganisationen "Friends of the Earth" teil. Auch der Mouvement Ecologique ist hierin Mitglied. Ein Stimmungsbild ...

Der Auftakt der Jahresversammlung von FoE erinnert immer wieder an eine Jubelveranstaltung. Man trifft sich wieder, oder, wenn man sich nicht persönlich kennt, so kennt man doch die Namen oder man hat schon mal miteinander gemeilt, denn die Zusammenarbeit unter den Gruppen ist das ganze Jahr über sehr intensiv und konstruktiv.

So war die Tagesordnung der Jahresversammlung auch dieses Jahr in Brüssel wieder proppvoll. An 3 Tagen mit durchschnittlichen 12 Stunden wurde informiert, diskutiert, abgestimmt und gefeiert. Jedes Mitgliedsland schickte mindestens einen Vertreter, ausser Zypern und Griechenland.

Die Finanzen wirken auf den ersten Blick beruhigend. Es konnten sogar leichte Reserven angelegt werden. Bei genauerer Analyse erkennt man allerdings, dass die Einnahmen prozentual immer stärker von der EU kommen, immer weniger von unabhängigen Stiftungen. Dies ist gerade deshalb besorgniserregend, da die umweltfreundlich gesinnten Minister in der EU zahlenmässig stark zurückgegangen sind, demnach in absehbarer Zeit diese Geldhähne unter Umständen merklich zugedreht werden könnten.

Die Themen der Kampagnen werden sehr stark von der Aktualität geprägt. So sind viele Gruppen besorgt wegen dem bevorstehenden Beitritt ihrer Länder zur EU. In dieser Vorphase fließen sehr viele Gelder, doch die Entscheidung darüber wohin und zu welchen Zwecken werden nicht genügend nach Nachhaltigkeitskriterien getroffen. Besonders die Finanzierungen durch die EIB verärgert viele Gruppen aus dem Osten (siehe Artikel zur EIB Demo in Luxemburg).

EU-Wahlen stehen vor der Tür

Zu den bevorstehenden EU-Wahlen wollen viele Gruppen, unter der Leitung des FoEE-Büros aus Brüssel, zusammen einen Forderungskatalog erstellen. Fest steht, dass Europa immer mehr an Bedeutung gewinnt, und es deshalb gilt, besonders in einer Zeit, in welcher viele europäische Regierungen einen Rechtsruck erleben, die EU-Bürger aufzuklären über die Konsequenzen ihrer Wahlentscheidungen. Der Mouvement Ecologique wird sich an dieser Kampagne beteiligen.

Reform der Agrarsubventionen, Kampf gegen generierte Lebensmittel und Atomenergie, Abbremsung des Phänomens der Klimaverände-

rung sind weitere Themen an denen die Gruppen zusammen arbeiten.

Die Mitgliedsgruppen möchten aber auch ausserhalb ihrer europäischen Kampagnen stärker zusammen arbeiten. Die Bedeutung eines stärkeren Austausches und einer Unterstützung bei lokalen Aktionen werden immer mehr erkannt. Das Büro in Brüssel hat dementsprechend Massnahmen getroffen, um eine Hilfestellung bei der internen Kommunikation bieten zu können.

Spannungen bei Friends of the Earth International

Ist die Atmosphäre innerhalb Europas unter den Mitgliedern auch ausgezeichnet, so kann man dies wohl kaum auf Weltniveau sagen. Starke Spannungen, besonders seit dem Weltgipfel in Johannesburg, drohen Friends of the Earth zu spalten. Auf dieser Jahresversammlung wurde sich deshalb dann auch damit beschäftigt inwiefern die Bedürfnisse der Mitglieder aus dem Süden genügend berücksichtigt werden, bzw. in wie weit sie ausreichend bekannt sind.

Luxemburger in Brüssel

Eingeladen war eine Beraterin der grünen Fraktion im Europaparlament, die Luxemburgerin Sarah Blau. Sie informierte, in sehr kompakter Form, die Teilnehmer über die komplexen Vorgänge im Europaparlament und sagte zu, auch weiterhin zur Verfügung zu stehen für Austausch und konkrete Informationen.

Zum Abschluss hatte Claude Turmes, luxemburgischer EU-Abgeordneter, seine ehemaligen Kollegen von Friends of the Earth eingeladen zu einer Besichtigung des Parlaments. Claude Turmes war seinerzeit selbst im Vorstand von Friends of the Earth Europe. Auch er erzählte spannende Geschichten aus dem "Nahkästchen".

Ein weiterer Luxemburger in Brüssel ist Frederic Thoma. Er arbeitet im Brüsseler Büro von Friends of the Earth Europe und vertritt den Mouvement Ecologique bei dem letztjährigen Weltgipfel in Johannesburg in der luxemburgischen Delegation. Fred wird dem Mouvement Ecologique auch weiterhin in internationalen Dossiers tatkräftig zur Seite stehen.

Wiedersehen nächstes Jahr in Kroatien

Die nächste Jahresversammlung wird in Kroatien stattfinden. Hoffentlich wird Luxemburg auch wieder dabei sein können. Auch wenn der Mouvement Ecologique nicht die Möglichkeit hat an vielen Kampagnen teilzunehmen, so ist es doch wichtig Teil zu sein einer weltweit bedeutenden Organisation, sich auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Unser Beitrag ist übrigens oft gefordert, da zahlreiche europäische Institutionen in Luxemburg sind und wir demnach bei Aktionen in Luxemburg unsere Infrastrukturen zur Verfügung stellen.

Weitere Informationen über die Aktivitäten von "Friends of the Earth": www.foeeurope.org

Sortenreinheit für die Vielfalt

Seit einigen Jahren sensibilisiert der Mecco zum Thema des Erhaltes der Nutzpflanzenvielfalt. Die Gemüsefamilie der Kürbisse, Tomaten, Zwiebeln und Bohnen wurden bereits auf der alljährlichen Oekofoire und anderen Veranstaltungen vorgestellt. Dahinter steckt viel Arbeit, die mittlerweile nicht mehr von Einzelnen getragen werden kann. Außerdem: es handelt sich um ein sehr attraktives Thema, das noch weitaus spannender in einer Gruppe behandelt werden kann.

Deshalb wollen wir innerhalb des Mouvement Ecologique eine «Arbeitsgruppe» zum Erhalt der Gemüsvielfalt ins Leben rufen.

Die Tätigkeitsbereiche sind vielfältig, es gibt also keine Überlastung des Einzelnen. Dabei ist für jeden etwas dabei, wobei Kommunikationsbereitschaft, Engagement für die Sache, Lust auf selbständiges Arbeiten aber auch im Team erwünscht sind.

Willkommen sind Menschen die Freude haben:

- in ihren Gärten vergessene oder unbekannte Gemüsesorten anzubauen
- in diesem Sinne Patenschaften zu übernehmen.

Feldarbeit klingt anstrengend; ist es auch. Deshalb meldet euch. Sind wir viele kommt ein jeder turnusgemäss 1-2 Mal im Jahr an die Reihe und somit kostet es nicht viel Mühe.

Wer keinen Garten hat, aber Interesse hat, könnte die Adressenliste betreuen, oder Recherchen zum jeweiligen Gemüsethema des Jahres machen (2004 geht's um Kohl).

Wer keine Berührungängste hat könnte «altes Wissen» aufspüren im Erfahrungsaustausch mit der älteren Generation.

Auch Gemüse ist fotografieren. Wer hat Lust Dias resp Fotos fürs Archiv, Vorträge, Ausstellungen zu knipsen?

Wer eine schriftstellerische Ader hat, konnte Texte schreiben oder Sprachbegabte könnten einen Beitrag leisten bei Übersetzungen.

Reisefreudige könnten teilnehmen an den Treffen im deutschsprachigen und francophonem Raum zum Thema Saatgut in allen seinen Formen. Hier ist viel in Bewegung

Viel diskutiert wird im Pflanzenbau über die Gentechnik. Man kommt an diesem Thema nicht daran vorbei. Biologisches Saatgut aus eigener Produktion des Kleingärtners und des Bauern zum Erhalt der Unabhängigkeit und Vielfalt. Ein großes Feld das beackert werden sollte.

Phantasie, Ideen sind gefragt, wenn es darum geht wie der Schau-Stand aussehen sollte für die Öko-Foire, die Pflanzenbörse in Stolzenburg, "tendances jardins" und andere Gartenveranstaltungen im In- wie im Ausland. Oder mit Hand anlegen beim Transport, Aufbau und Abbau des Standes

Kontaktfreudige können den Stand mitbetreuen.



Unter all diesen Vorschlägen sollte etwas für Sie dabei sein. Melde Sie sich. Dem Alter sind keine Grenzen gesetzt, jeder ist willkommen.

Zu erreichen sind wir:

Telefon 021 622 061, 42 98 70;

Fax 43 90 30 43. Aber eins fehlt noch.

Ein Name für die Arbeitsgruppe wird gesucht.

Schicken Sie uns Ihre Ideen für den Namen dieser Arbeitsgruppe (Fax 439030 - 43, email: meco@emweltcenter.lu).

Den drei ersten Gewinnern winkt ein Gartenbuchpreis.

1. Preis: Ratgeber: Natur im Garten, gesund halten, was uns gesund hält. Sammelmappe mit Rat und Tat für ihren natürlichen Garten
2. Preis: Gemüse à la Saison. Gemüseportraits und Rezepte rund ums Jahr.
3. Preis: Karotte liebt Tomate, erfolgreiches gärtnern durch Mischkultur.

Mouvement Ecologique asbl.

Ökologisches Zentrum Pfandell
6, rue Vauban
L - 2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43
e-mail: meco@emweltcenter.lu
www.emweltcenter.lu

Einzelmitgliedschaft: 40 Euro
Haushaltsmitgliedschaft: 60 Euro
Für Studenten und Arbeitslose: 20 Euro
Schuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 Euro

Kontonummer:
CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000,
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.